

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 106 (2012)
Heft: 1

Artikel: "Man muss dran glauben" : ökonomische Aufklärung ist dringend!
Autor: Suter, Esther R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390316>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Man muss dran glauben»

Ökonomische Aufklärung ist dringend!

An der internationalen Fachtagung vom 3.–5. November 2011 stattgefunden hat, stellte am theologischen Seminar der Universität Basel eine Gruppe von Theologen, Finanz-, Wirtschafts-, Religions-, Kultur- und Medienwissenschaftlern Resultate ihrer zweijährigen gemeinsamen Forschung unter dem Titel «Geld, Finanzen und Religion. Wer deckt (noch) die Deckung» vor.

Im Zentrum stand die Frage, ob und wie religiöse bzw. religionsnahe Ideen, Theorien und Ideologien die heutige Wirtschaft und insbesondere die Finanzwirtschaft bestimmen. Mit dem Basler Manifest www.zrwp.ch zur ökonomischen Aufklärung gelangen sie an die Öffentlichkeit. Ein Sammelband zu «Risiko – Vertrauen – Schuld» mit den Resultaten der interdisziplinären Forschung soll 2012 erscheinen.

Die kapitalistische Geldwirtschaft ist nach der christlichen Religion entworfen

Der Zusammenhang von Theologie und Wirtschaft, der nicht sofort für alle offensichtlich ist, könne zuerst und eindrücklich an Ausdrücken und Metaphern aufgezeigt werden, meinte Jochen Hörisch, Professor für neuere deutsche Literatur und Medienwissenschaft: Die Hand Gottes, die uns hält und die Unsichtbare Hand des Marktes, die alles reguliert; die religiöse Schuld, als Dankeschuld Gott, dem Schöpfer, gegenüber und bestehende Schulden gegenüber dem Kreditgeber. Den letzten Dingen gegenüber hilft uns Gottvertrauen, dem gegenüber versichert der Dollarschein: «in God we trust» und der Fünfliber «Dominus providebit». Damit sollen die Wirtschaft, der Markt oder die Ökonomie nicht etwa als religiös, sondern als quasireligiös bezeichnet werden. Religiöse Begriffe und Inhalte sind profaniert worden. Der Markt wurde quasireligiös überhöht zur gottgleichen Grösse, was dem Freiheitsgedanken widerspricht. Der Glaube an die Unsichtbare Hand des Marktes, ein von Adam Smith eingeführter Begriff für den sich selbst regulierenden Markt, bedeutet heute eine Gefahr: Der Staat als «Lender of last resort» soll via Notenbanken überschuldete Banken retten und ist doch selbst überschuldet. Dem Staat droht damit ein Souveränitätsverlust, denn durch progressive Verschuldung, wie auch durch Staatsschuldenkrisen, steht ihm die Selbstenteignung bevor. Wer rettet den Retter?

Hans-Christoph Binswanger, emeritierter Professor für Wirtschaftswissenschaft (Universität St. Gallen) legte in «Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen» dar, wie der Begriff der Unsichtbaren Hand von Adam Smith für unsere arbeitsteilige Wirtschaft den Grund legte. Ausgehend vom natürlichen Egoismus des Menschen, setzt dieses Konzept darauf, dass jeder trotz seiner auf

Eigennutz ausgerichteten Handlungsweise dazu beitrage, dass alle von seiner Habgier profitieren, auch die unmittelbar Geschädigten und Benachteiligten. Auch eine ungerechte Ausgangsverteilung des Eigentums führe zu mehr Ausgleich, denn durch die Unsichtbare Hand komme eine gleiche Verteilung von selbst zustande, und somit sei die Wirtschaft in sich selbst ethisch. Übersehen wurde dabei die Tatsache, dass die Bevölkerung im 18. Jahrhundert massiv wuchs und kein Ausgleich von arm und reich zustande kam. Binswanger bezeichnete die Vorstellung von Smith als zynisch und führte sie auf die Grundlage der Stoa zurück, nach der die Natur eines jeden Wesens auf sich selbst gerichtet ist. Es stelle keine Sünde gegen das Allgemeinwohl dar, wenn alles aus Eigenliebe und Egoismus getan wird. Smith rekurriere dabei auf die Vorsehung eines weisen, allmächtigen, gütigen Gottes. Aus Bösem werde Gutes geschaffen, das sei die Kunst der Unsichtbaren Hand. Das sei der Glaube der Stoa und nicht des Christentums, ein Glaube an die normative Kraft der ökonomischen Gesetze von Angebot und Nachfrage.

Binswanger ging noch weiter: Der Konflikt Stoa-Christentum zeige sich exemplarisch in Goethes Faust mit der Gestalt des Mephisto, der sein Wesen als Teil jener Kraft bezeichnet, die stets das Böse will und Gutes schafft. Diese Aussage sei ein Stilmittel der Ironie bei Goethe eine Aussage des Teufels: Wenn Menschen darauf hereinfallen, glauben sie, dass sie sich nicht mehr für das Gute anstrengen müssten. Dies richte sich gegen die christliche Lehre, die besagt, Gutes zu tun und Böses zu meiden. Wenn es dem Mephisto-Teufel ernst und es keine Ironie wäre, müsste er selbst aufgeben, weil all sein Handeln im Guten münde. Er will jedoch Zerstörung als den Geist, der stets verneint. Binswanger ermutigte die TheologInnen, sich in Wirtschaftsfragen zu äus-

sern, denn die «Grundlage der Ökonomie ist auch eine Theologie. Deshalb sind die Theologen nicht nur berechtigt einzugreifen, sondern sie sind dazu verpflichtet »».

Gold-Standard

Mit dem Aufgeben des Gold-Standards 1971 wurde die Goldgarantie formell aufgehoben. Das bedeutete das Ende der Währungsordnung. Deckung gibt es nur noch durch eine andere Währung, denn wie führte Paul Dembinsky, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler (Universität Fribourg) ausführte, eine volle Deckung könne nur von ausserhalb des Systems kommen. Es könne keine volle Deckung im wirtschaftlichen Sinn geben, auch wenn behauptet wird, dass eine Ebene mit 100% Deckung und darüber möglich sei. Seit 1971 sei nicht mehr genug Gold vorhanden, um eine ganze Deckung zu garantieren. Das Ende der Deckung bedeute jedoch das Ende des Systems. Der erneute Ruf nach externer Garantie wie zum Beispiel Gold kann einen Richtungswechsel für eine Systemänderung anzeigen. Zukunftsvisionen seien deshalb nötig. Es gelte heute auf Werte zurückzugreifen, die Vertrauen bilden, Vertrauen und Glauben als Form von Deckung. Als Beispiel verweist Dembinsky auf die Seligpreisungen (Matth. 5,1–12) als einziger Definition von Deckungsgarantie, der eschatologischen Deckungsgarantie.

Auch Christina von Braun, Professorin für Kulturwissenschaft (München) betonte in ihrem Referat «Monetäre Inkarnationslehre: Der menschliche Körper als «moderner» Goldstandard», dass Geld seine Funktionsfähigkeit bewahre, solange niemand daran zweifelt. Die Frage nach der Deckung sei verboten. Mit einem Streifzug von der Herkunft des Geldes (Obulos, Pecunia) bis zur Beziehung von Geld und Glauben führte sie aus, dass der Glaube an das Fegefeuer im 11. Jahrhundert zum Ablasshandel führte. Das sei im theologischen



Esther R. Suter

Diskurs eine Art Rechnung: Je mehr Geld ich der Kirche gebe, umso weniger lang verweile ich im Fegefeuer. Als aktuelles Beispiel, wie Körper und Geld zusammenhängen, führte sie die Diskussion um das Recht einer Leihmutter auf das geborene Kind an: Die Frau, die die Zeugung des Kindes arrangiert hat, ist die wahre Mutter.

Man muss dran glauben

Für Christoph Weber-Berg (Wirtschaftsethik, theologische Hochschule für Wirtschaft, Zürich) ist der Zweifel im Glauben konstitutiv für Glauben und Vertrauen: «Ich glaube, hilf meinem Unglauben», Zweifeln und Glauben gehören zusammen. Der Zweifel könne einen Glauben als blosses Meinen entlarven. Es sei zur Vorsicht gemahnt, wenn der Ruf nach Vertrauen wieder laut werde. Der religiöse Glaube sei kein ökonomischer Glaube. In den Religionen gehe es um eine Hermeneutik der Fülle, in der Ökonomie jedoch um eine Hermeneutik der Knappheit. Das Geld des Einen ist nicht das Geld des Andern, diese Aussage einer Hermeneutik der Knappheit ist nicht gleichzusetzen mit der Aussage einer Hermeneutik der Fülle. Es gebe kein Knappheitsproblem beim Abendmahl, das Heil des Einen ist nicht das Heil des Andern. Für Berg muss die Ökonomisierung der Wirtschaft als Verzweiflungstat gesehen werden, um die Ökonomie wieder in den Dienst des Menschen zu stellen. Dazu brauche es einen neuen Blick auf den Menschen und für die Möglichkeiten von gelingendem Leben für Individuum und Gesellschaft.

Für Georg Pfeleiderer, Professor für Systematische Theologie/Ethik (Universität Basel) und Organisator der Veranstaltung, bedeutet dies, das Vertrauen in die soziale Gerechtigkeit zu setzen, denn das Kapital produziere keine soziale Gerechtigkeit.

Birger Priddat, Professor für Politische Ökonomie (Universität Witten/Herdecke) hält für das Verhältnis von

Politik und Ökonomie fest, dass die Selbstregulierung von Märkten im Finanzbereich heute nicht mehr funktioniere. Geld sei so viel wert, wie wir an seinen Wert glauben. Es würden dauernd Kredite vergeben und die Schuld niemals endgültig zurückgezahlt. Ob Schuldentilgung erlaubt sei? Er bejaht: Angenommen, es würden alle Schulden getilgt, stände ungeheures Kapital zur Verfügung, was eine Belebung der Wirtschaft zur Folge hätte. Würden Kredite zurückbezahlt, wäre Geld da. Ein Schuldenerlass für nicht rückzahlfähige Schuldner würde bedeuten, doppelt zu geben, damit sie neu investieren können.

Basler Manifest.1. Bankengrösse und ihre Überwachung

Banken sollten unterteilt werden in Investmentbanken und Geschäftsbanken – nach bewährten historischen Regeln. Die Grösse der Banken sollte begrenzt werden, um das too-big-too-fail-Problem zu umgehen, das nichts anderes als eine von allen getragene Gratisversicherung für Risikogewinne bedeutet, von denen nur wenige profitieren.

2. Zulassung von Finanzprodukten

Finanzprodukte sollten zertifiziert sein, wie es bei den Produkten z.B. im Pharma-, im Ernährungsbereich und anderswo der Fall ist. Bei gesundheitlichen und technischen Risiken sind wir hochsorgsam, bei finanzökonomischen nicht. Derivate sind als Versicherungen nützlich, aber als Wette auf einen Bankrott gefährlich. Deswegen sollten sie in dieser Form verboten werden (z.B. Naked CDS).

3. Marktregulierung

OTC-Transaktionen (OCT: over-the-counter: unregulierte und intransparente Markttransaktionen) sollten verboten sein. Sie schaffen unvertretbare Risiken. Nur Transaktionen in organisierten und transparenten Märkten sollten erlaubt

sein. Der ‚graue‘ OTC-Markt sorgt für wilde Exzesse und Krisen.

4. Volatilitätsbegrenzung

Um die Volatilität und das Volumen von reinen Finanz-Transaktionen zu verkleinern, sollte eine Transaktionskostensteuer (Lenkungssteuer, gewöhnlich nach dem Modell Tobin) eingeführt werden: eine Steuer in Höhe von 0,1% ist sehr gering, aber dennoch hoch genug, um riskante und unproduktive Transaktionen zu vermindern (man bedenke die Differenz: gewöhnliche Realtransaktionen werden in der EU mit einer Mehrwertsteuer von bis zu 25% belegt). Vor allem High-Frequency-Trading (riesige finanzielle Transaktionen, die durch mächtige Computer in wenigen Nanosekunden durchgeführt werden) wird dadurch begrenzt.

5. Anreizstrukturen und ihre Besteuerung Boni sind zu begrenzen und durch Mali zu ergänzen, um verantwortliches Wirtschaften zu fördern. Boni sollten besonders für erfolgreiches Controlling und Risikomanagement gezahlt werden. Das Steuersystem muss transparent und effizient neu gestaltet werden.

6. Schuldenabbau

Globale Schuldenberge (privat und öffentlich) sollten bald abgebaut werden: 1. durch einen global koordinierten Schuldenerlass (jene, die spekulieren, werden weniger Kapital erhalten) und 2. durch den Ertrag einer Finanztransaktionssteuer (s. Punkt 4). Damit soll verhindert werden, dass dieser Schuldenprozess sich anarchisch entwickelt und in grosse soziale Krisen mündet. Zum Beispiel: Die Einnahmen, die der Staat durch die Besteuerung von High-Frequency-Trading gewinnt, dienen dazu, seine Schulden zu verkleinern.

7. Interessenkonflikt

Die geltenden Regulierungen (Basel II, III) haben den Ratingagenturen zuviel Gewicht und Macht übertragen. Durch

die Form ihrer Finanzierung stehen sie zudem in einem fundamentalen Interessenkonflikt. Institutionelle Neuregelungen sind dringend erforderlich.

8. Ausbildung

Alle genannten Massnahmen sind nur sinnvoll, wenn wir die künftigen ökonomisch-politischen Eliten anders ausbilden. Die ökonomische Ausbildung muss in einem verantwortungsbewussten Geiste verändert werden.

Die religiöse Wendung «man muss dran glauben» hat einen knirschenden Doppelsinn. Er legt die Überlegung nahe, ob wir dran glauben müssen, wenn wir weiterhin falsche ökonomietheoretische Grundannahmen wie die von der Unsichtbaren Hand oder die vom homo oeconomicus beglaubigen. Ökonomische Theorien gehören (wie theologische!) zu denen, die starke Rückkopplungseffekte auf die beschriebenen Verhältnisse freisetzen. So wie eine aufgeklärte Theologie oder Religionswissenschaft die Glaubensannahmen der Menschen verändert, kann auch eine Aufklärung über «quasireligiöse» Annahmen der Wirtschaftstheorie zu anderen, neuen, produktiveren, ökologischeren und sozialeren Formen des Wirtschaftens führen.

Esther R. Suter,
Esther-R.Suter@
unibas.ch

Das Forschungskolleg des ZRWP-Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik (Collegium Helveticum-Basel) leistet Beiträge zur trans- und interdisziplinären Forschung. Es wird geleitet durch ein Board des ZRWP, dem Prof. Dr. Georg Pfeleiderer vorsteht. Die dritte Fellowgruppe des ZRWP steht unter der Überschrift «Religion und Wirtschaft». Die grundlegende Annahme des Forschungsprogramms Risiko-Vertrauen-Schuld ist eine Verbindung der Sphären Religion und Wirtschaft.

Der Fellowgruppe gehören an: Prof. Dr. Marc Chesney, Prof. Dr. Paul Dembinsky, Prof. Dr. Jochen Hörisch, Prof. Dr. Birger P. Priddat, Prof. Dr. Peter Seele (Moderation), Dr. Christoph Weber-Berg.